

ÖAMTC fordert Abschaffung statt Erhöhung der Zulassungsgebühr

Gebührenerhöhung kann dringend notwendige Reform nicht ersetzen

Mit 1. Juli 2025 werden die Gebühren für die Ausstellung vieler Dokumente erhöht. Das betrifft u. a. auch die Kfz-Zulassung, für die künftig insgesamt 270 Euro anfallen. "Wir fordern seit Jahren, diese Gebühr – die nicht nur bei Neuanmeldung eines Autos, sondern auch bei jedem Wohnsitzwechsel zu zahlen ist – abzuschaffen", erklärt ÖAMTC-Verkehrsjurist Matthias Wolf. "Denn eine Gegenleistung gibt es dafür nicht – und auch der Aufwand der Behörde für die Änderung der Adresse ist heutzutage hinfällig, da sie automatisiert im Hintergrund erfolgen könnte. Die dafür relevanten Daten stehen im Zentralen Melderegister zur Verfügung." Statt die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen, müssen Zulassungsbesitzer:innen jedoch nach wie vor persönlich bei der entsprechenden Stelle erscheinen und erhalten dort jedes Mal neue Kennzeichen, Prüflakette und Zulassungsschein.

"Kosten von 270 Euro bedeuten eine Gebührenerhöhung um fast 50 Prozent", gibt Wolf zu bedenken. Der ÖAMTC-Jurist fordert: "Die Zulassungsgebühr gehört ersatzlos gestrichen. Als Alternative schlagen wir vor, bei einem Hauptwohnsitzwechsel mit Bezirksveränderung die Pflicht zum Kennzeichenwechsel zu streichen – damit würde auch die hohe Gebühr entfallen. In jedem Fall sollten mit einer Reform im Zulassungswesen finanzielle Hürden beim Wohnsitzwechsel abgeschafft und die Menschen nachhaltig entlastet werden – beispielsweise, indem dann auch eine vorhandene elektronische Mautvignette weiter gelten würde.